

Die Lobau und Häupls Grant

Nationalparkbesetzung und Hauptbahnhof im Gemeinderat

Wien – Etwas „zu grantig“ habe er schon reagiert, als er die Lobau-Besetzer als „international tätige Berufsaktivisten“ bezeichnet hatte, mit denen es keinen Sinn hätte zu verhandeln, gestand Bürgermeister Michael Häupl am Freitag ein.

Konfrontiert mit einer dringlichen Anfrage der ÖVP im Gemeinderat, in der diese der SPÖ vorwarf, tatenlos zuzusehen, wie der Rechtsstaat durch die Besetzer verhöhnt werde, beharrte Häupl auf einer „kommunikativen Lösung“ und lehnte einen Polizeieinsatz weiter ab. „Wenn die VP mir vorwirft, dass ich rechtswidrige Handlungen dulde, verweise ich auf die Besetzung des Bacherparks mit Unterstützung der ÖVP.“

In der Lobau sei man um Deeskalation bemüht, werde aber eine Verletzung des Nationalparkgesetzes nicht tolerieren: „Die Besetzer werden behandelt wie alle anderen. Deshalb werde ich auch keiner NGO erlauben, Feuer zu machen.“ Schadenersatzforderungen an

die Aktivisten könne nur die Asfinag fordern.

„Ich bekenne mich zu der Trassenführung unter der Lobau“, betonte Häupl, der sich auch vorstellen kann, auf die 18 geplanten Probebohrungen für die Nordostumfahrung zu verzichten und die Bohrungen stattdessen „von unten“, also waagrecht durchzuführen. Die Mehrkosten von 40 Millionen Euro müsste die Asfinag tragen. Eine Verzögerung der Bauarbeiten „freut mich grundsätzlich nicht, aber die Tunnellösung ist die einzige Lösung“, erklärte Häupl.

Waagrechte Bohrungen würden neue Genehmigungsverfahren und eine Verzögerung von ein bis zwei Jahren bedeuten, hieß es seitens der Asfinag, die an der geplanten Vorgangsweise festhalten will.

Bahnhof gewidmet

Tatsächlich beschlossen wurde am Freitag die Flächenwidmung für den geplanten Hauptbahnhof auf dem Gelände zwischen dem derzeitigen

Süd- und Ostbahnhof (DER STANDARD berichtete). Für Diskussionen sorgte vor allem der geplante neue Stadtteil im Umfeld des neuen Bahnhofs.

Wir sind natürlich für das Projekt des Zentralbahnhofes, aber gegen den Flächenwidmungsplan für den neuen Stadtteil“, so die Grüne Planungssprecherin Sabine Gretner. Hauptkritikpunkte der Grünen seien „die hohe bauliche Dichte, der mangelnde Grünraum und die fehlenden Maßnahmen, ein drohendes Verkehrschaos zu verhindern“. Da werde „eine große Chance vergeben“. Die Widmung wurde schließlich mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und FPÖ beschlossen.

Die nächsten Schritte: 2007 folgt die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) sowie der Namenswettbewerb. 2009 werden dann die alten Bahnhofshallen abgerissen, Provisorien eingerichtet – und es soll mit dem Bau des neuen Bahnhofsgebäudes begonnen werden. (frei, kri)